



Neue Adresse!
Der G VV Burgenland ist übersiedelt. Anfang April wurden Räumlichkeiten im neuen **Roten Haus** in der Permayerstraße bezogen. Unsere neue Adresse:
GVV Burgenland
Permayerstraße 2
A-7000 Eisenstadt

Schmid: „Finanzielle Nachteile für Gemeindefunktionäre abschaffen!“

GVV: Soziale Gerechtigkeit für unsere Mandatäre!

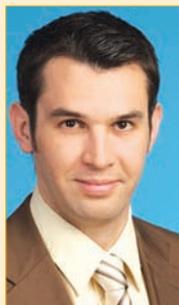
Seite 3



Eine hochrangige Delegation des Österreichischen Gemeindebundes besuchte kürzlich ihre Amtskollegen im neuen Euro-Land Slowenien – v.l.n.r.: GB-Präsident Mödlhammer, GS Dr. Hink, GVV-Präsident Schmid, NÖ-Vizepräsident Moser beim Treffen mit Slowenischen Kommunlavertretern

*Der Präsident des Gemeindevertreterverbandes Burgenland,
LAbg. Bgm. Ernst Schmid, und sein Team
wünschen allen GemeindevertreterInnen
einen schönen und erholsamen Sommer!*

Kommentar



Mag. Herbert
MARHOLD
LGF
GVV Burgenland

Getränkesteuer – Ende in Sicht!

Anfang Mai wurde zwischen Vertretern der Handelsbetriebe und Vertretern der Städte und Gemeinden eine Vereinbarung unterschrieben, die die Causa Getränkesteuer endgültig beenden könnte. Handel und Gemeinden einigten sich auf eine Rückzahlungsquote von 15%. Das entspricht einem Volumen von ca. 30 Mio. Euro, wobei davon über 80% in den großen Ballungsräumen anfallen. Diese Einigung ist gut für die Gemeinden, da wir jetzt wissen, mit welchen Beträgen zu rechnen ist und die Kommunen Rechtssicherheit haben. Nachdem durch das so genannte „Frankfurter Urteil“ bereits der Bereich Gastronomie abgeschlossen werden konnte, waren nun noch die Forderungen der Handelsketten offen. Hier war klar, dass es nur eine Verhandlungslösung für alle geben kann. In der Vereinbarung verpflichteten sich die großen Handelsketten, nicht mehr als 15% der gesamten Rückforderungssumme zu verlangen. Auch VP-Finanzminister Molterer wird seinen Teil dazu beitragen. Seine Vorgänger haben den Kommunen immer wieder versichert, dass es Geld vom Bund für diese Rückzahlungen geben wird. Durch andauerndes Drängen des GVV Burgenland gibt es jetzt 7,5 Millionen Euro frisches Geld vom Bund! Das ist nicht das Gelbe vom Ei, da uns versprochen wurde, der Bund wird für alles aufkommen, aber wir können mit diesem Kompromiss leben. Schön wäre es gewesen, wenn Gemeindefürer Steindl, der ja mit Molterer im ÖVP-Parlament sitzt, hier schon früher für die burgenländischen Gemeinden etwas getan hätte. Erst durch das Drängen der Sozialdemokraten im Städtebund und durch den GVV haben wir von Molterer Geld bekommen!“

Mag. Herbert Marhold

„Ja!“ zu kommunaler Daseinsvorsorge

Anlässlich des „internationalen Tag des Wassers“ gab der Sozialdemokratische Gemeindeverband ein klares Bekenntnis zur kommunalen Daseinsvorsorge ab. „Die zentralen Ver- und Entsorgungsdienstleistungen müssen mehrheitlich in öffentlicher Hand bleiben. Nur so kann die elementare Grundversorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum leistbar und flächendeckend abgesichert werden“, meint dazu Präsident Ernst Schmid.

Schmid verweist auf eine Umfrage, wonach sich 85 Prozent der Burgenländer gegen jede Privatisierung der Wasserversorgung aussprechen: „Das bestätigt den erfolgreichen burgenländischen Weg im Bereich der kommunalen Wasserverbände, ist aber auch ein klarer Auftrag. Wir werden weiter aktiv gegen alle Liberalisierungstendenzen im Bereich der Daseinsvorsorge auftreten.“

Dem GVV Burgenland ist der ländliche Raum ein besonderes Anliegen – „denn unsere Gemeinden sind das Rückgrat der positiven Entwicklung des Burgenlandes“, so Schmid. „Bei der Stärkung des ländlichen Raums kommt der Daseinsvorsorge eine Schlüsselstellung zu. Nur wenn die Infrastruktur- und die öffentlichen Dienstleistungen ‚passen‘, können sich die ländlichen Regionen weiterentwickeln und Abwanderungstendenzen gestoppt werden. Unsere Gemeindeverbände sind ein Garant dafür.“

Zur kommunalen Daseinsvorsorge zähle neben der Versorgung mit und

Entsorgung von Wasser, auch die Versorgung mit Energie, die Beseitigung von Abfall und nicht zuletzt eine zeitgemäße öffentliche Infrastruktur.

Der Aufbau des kommunalen Ver- und Entsorgungsnetzes im Burgenland sei „eine Erfolgsgeschichte mit sozialdemokratischer Handschrift“, so Schmid: „Auf Initiative des Sozialdemokratischen Gemeindeverbandes wurde 1956 der Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland und 1980 der Burgenländische Müllverband gegründet. Damit wurden zentrale Einrichtungen für die kommunale Daseinsvorsorge im ländlichen Raum geschaffen. Jetzt geht es darum, diese Versorgung abzusichern und zu stärken.“

Die Kommunen sollen auch in Zukunft in diesem sensiblen Bereich eine wichtige Rolle spielen, denn nur so ist gewährleistet, dass die Entscheidungen über unser Wasser und insgesamt bei der kommunalen Daseinsvorsorge auf lokaler Ebene bleiben“, so Schmid abschließend.



Brunnen des WLVB Nördliches Burgenland (li.): Die Versorgung der Bevölkerung im Burgenland mit sauberem Trinkwasser ist dem GVV ein ganz besonderes Anliegen.

Liebe
Gemeindevertreterinnen!
Liebe Gemeindevertreter!

Sozialrechtliche Absicherung der BürgermeisterInnen mehr als überfällig!

Im Rahmen meiner Tätigkeit als Vorsitzender des Sozialausschusses des Österreichischen Gemeindebundes war, ist und bleibt das Thema Absicherung des Bürgermeisterberufs eines der wichtigsten. Bei der 1. Sitzung in diesem Jahr am 2. April in Wien wurden vor allem die akuten Probleme im Zusammenhang mit drohenden finanziellen Nachteilen wie Pensionsverlust bei Ausübung eines kommunalpolitischen Amtes in der vorzeitigen Alterspension und die ungünstigen Regelungen beim Anrechnungsbetrag in der Pensionsversicherung diskutiert.

Vor allem das Teilpensionsgesetz beinhaltet eine Menge Ärger für die Ausübung eines kommunalen Amtes: Aufgrund dieses Gesetzes werden die Bezüge der Gemeindefunktionäre und Bürgermeister als Erwerbseinkommen angesehen und führen dadurch bei Überschreiten der Geringfügigkeitsgrenze zu einem Wegfall einer gleichzeitig bezogenen vorzeitigen Alterspension bei Personen, die eine Pension nach dem ASVG, GSVG, FSVG oder BSVG beziehen. Kommunalen Mandatären oder Bürgermeistern, die eine Pension nach dem Bundesbahn-Pensionsgesetz beziehen, droht bei mehreren Erwerbseinkommen der Wegfall eines Teils ihres Pensionsbezugs. Einen kleinen Lichtblick brachte ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs im Oktober 2005, das zumindest für alle vorzeitig „pensionierten“ Bundesbeamten und pragmatisierte Landeslehrer in kommunalen Tätigkeiten diese negativen Folgen beseitigte.

Aufgrund dieser schwerwiegenden Folgen nimmt die Bereitschaft zur kommunalpolitischen Tätigkeit vieler Frühpensionisten ab, die noch gerne ihre Erfahrung in die kommunale Arbeit einbringen würden, aber so nicht „dürfen“. Das Expertengremium des Sozialausschusses war sich daher sofort einig, hier wiederum umgehend in Verhandlungen mit dem Bund zu treten, um eine Erleichterung bzw. auch Abschaffung der für die österreichische Kommunalpolitik

unerträglichen Situation zu erwirken.

Umfassend lösbar wäre das Problem nämlich, wenn die Bezüge der kommunalen Mandatäre und Bürgermeister (sowie aller anderen Berufsgruppen) nicht als Erwerbseinkommen definiert werden würden. Damit wäre auch gleichzeitig eine faktische Gleichstellung aller anderen Berufsgruppen mit der besseren Situation von frühpensionierten Beamten erreicht.

Ein weiteres akutes Problem sprach der Sozialausschuss in der Forderung der Ausdehnung der Differenzvorschreibung auch auf den Anrechnungsbetrag an. Damit müssten die Bürgermeister nur maximal bis einmal zur Jahreshöchstbeitragsgrundlage Pflichtbeiträge zur Pensionsversicherung leisten. Durch die derzeitigen Regelungen hinsichtlich der Pensionsversicherung eines Bürgermeisters entsteht die ungünstige Situation, dass die Beitragserstattung in Form eines Anrechnungsbetrages erst nach Ablauf der letzten Funktionsperiode möglich ist. Für diese Beiträge ergibt sich ein Zinsverlust, und sie werden auch nicht vollständig rückerstattet (meist 4% weniger). Die Umsetzung einer Differenzvorschreibung auch in der Pensionsversicherung wurde in den letzten Jahren beim zuständigen Sozialministerium auch immer wieder verlangt, jedoch ist ohne Zustimmung aller im Parlament vertretenen Parteien keine Lösung zu erwarten.

Aufgrund dieser Aussichten empfahl der Sozialausschuss folgenden Alternativvorschlag: Angedacht wird eine Abschaffung des Ansparmodells für die Pensionsbeiträge, damit stattdessen die Pensionsbeiträge direkt an den Versicherungsträger monatlich eingezahlt werden können. Dadurch wäre z. B. auch ein jährlicher Antrag auf Rückerstattung der über die Höchstbemessungsgrundlage bezahlten Beiträge möglich und auch andere, sich in diesem Zusammenhang ergebende Probleme könnten gelöst werden. Dies

kann bis hin zur Frage gehen, wie die Bürgermeister nach dem jetzigen System in der Lage sein werden, ein Pensionskonto zu führen – wie alle anderen Berufsgruppenangehörige in der Zukunft auch, da ja erst am Ende der politischen Tätigkeit der Anrechnungsbeitrag an die Pensionsversicherung überwiesen wird.

Einen weiteren Diskussionspunkt bildete die Schwerarbeitspension, insbesondere die Frage, wie eine Gemeinde der seit 1. 1. 2007 bestehenden Verpflichtung nachkommen soll, für ihre mindestens 40-jährigen, männlichen und für ihre mindestens 35-jährigen, weiblichen Bediensteten die richtige Beurteilung zu treffen, ob sie Tätigkeiten verrichten, die auf das Vorliegen von Schwerarbeit schließen lassen. Der Dienstgeber muss nämlich – erstmalig für 2007 bis Februar 2008 – diese Daten dem Krankenversicherungsträger melden.

Vor allem die Frage der richtigen Beurteilung, ob Schwerarbeit im Sinne der Schwerarbeitsverordnung vorliegt, als auch die Frage, warum das der Dienstgeber zu beurteilen hat, und welche Konsequenzen eine falsche Beurteilung in sich tragen kann, wurden erörtert. Und auch hier wurde ein Abklärungsbedarf mit dem Ministerium gesehen und dem Österreichischen Gemeindebund empfohlen. Falls nötig, wird auch ein Anwendungsleitfaden für diese schwierige Materie erstellt.

Die Diskussion um die zukünftige Entwicklung und Ausgestaltung des Bürgermeisteramtes bildete das zweite große Themenfeld der Sozialausschussberatungen, vor allem in Hinblick einer endlich zu schaffenden, sozialen Absicherung des Bürgermeisters.

Denn Tatsache ist, dass gesetzliche Änderungen in den letzten 10 Jahren oder einfach nur der gesetzliche Ist-Stand die Attraktivität eines kommunalpolitischen Amtes immer mehr beschnitten haben bzw. beschneiden. Es fällt daher vielen Gemeinden immer schwe-

LAbg. Bgm.
Ernst SCHMID
Präsident
GVV Burgenland



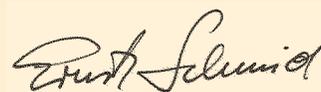
rer, Nachwuchs für ihre Organe zu bekommen.

Zielführend wäre sicher ein Wegkommen von der tief verwurzelten Definition des Bürgermeisteramtes als „Ehrenamt“. Die Aufgaben eines Ortschaftsfunktionärs haben sich in einer immer schneller wandelnden und sich entwickelnden Gesellschaft verändert, oft kommen sie heute schon jenen eines Managers gleich. Das Bürgermeisteramt sollte daher auch im Sozialrecht endlich „ernst genommen werden“ und eine entsprechende Absicherung dafür vorgesehen werden.

Die idealste Lösung wäre dabei, das Bürgermeisteramt in eine haupt- und nebenberufliche Tätigkeit einzuordnen, eine bundesweit im Bezügebegriffungsgesetz geregelte einheitliche, österreichweit gleich hohe Mindestentschädigung zuzuerkennen und dem Funktionsträger auch einen Anspruch auf Arbeitslosenversicherung zu geben. Mit einer entsprechend dotierten Entschädigung, wobei eine Mindestgrenze für alle Bürgermeister gleich gelten – aber auch höhere Einstufungen landesintern möglich bleiben – sollte, könnten die Bürgermeister selbst für eine soziale Absicherung sorgen.

Wir als Vertreter der burgenländischen GemeindefunktionäreInnen werden uns, so wie bei der Anpassung der Bezüge, auch in dieser Thematik voll engagieren, um für die Zukunft bestmögliche Rahmenbedingungen für unsere KommunalpolitikerInnen zu schaffen!

Euer



Österreichweit Vorreiter mit „Modellregion Tourismusnetzwerk Neusiedler See“

Touristischer Aufschwung

Die Zahl der Ankünfte und Nächtigungen ist im Burgenland im Frühjahr 2008 in relevantem Ausmaß gestiegen. Im Detail betrachtet gab es beispielsweise im vergangenen März in der Region Neusiedler See ein Nächtigungsplus von 14,5%.

Trotz dieser neuerlichen Rekordziffern hat der Präsident des Burgenland Tourismus, Landeshauptmann Hans Niessl, die Weichen auf Optimierung gestellt und gemeinsam mit Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer, Tourismusedirektor Gerhard Gucher und Professor Mag. Peter Zellmann vom Institut für Freizeit- und Tourismusforschung im Seebad von Mörbisch das Innovationsprojekt „Modellregion Tourismusnetzwerk Neusiedler See“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Burgenland übernimmt mit dieser Initiative – einmal mehr – eine österreichweite Vorreiterrolle.

Bei der „Modellregion Tourismusnetzwerk Neusiedler See“ handelt es sich grundsätzlich um ein tourismuspolitisches Projekt, das die Stärkung dieser Tourismusregion zum Ziel hat. Angebotsentwicklung, Markenbildung und Tourismusbewusstsein werden dabei als Faktoren berücksichtigt.

„Ausgangspunkt war das Ziel, der Region Neusiedler See zu einem nach-

Präsentation des Projekts „Modellregion Tourismusnetzwerk Neusiedler See“ – v. l. n. r.: Illedits, Schmid, Gusenbauer, Keller, Niessl, Vargyas, Loos



haltigen touristischen Aufschwung zu verhelfen. Es wurden Überlegungen für ein Regionsmodell angestellt, das der Region einerseits einen touristischen Nutzen bringen und gleichzeitig noch stärker in der Wirtschaft, besonders aber auch in den Gemeinden und deren Bevölkerung verankert sein soll. Ein wichtiger Effekt ist dabei die Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen“, so der Landeshauptmann.

Der Neusiedler See als einziger Steppensee Mitteleuropas, der international anerkannte grenzüberschreitende Nationalpark, das ganz besondere Mikroklima, die Radroute B10 rund um den See – sie gilt als eine der schönsten in ganz Österreich –, die weltweit viel beachtete Spitzenklasse

in der Weinwirtschaft sowie die im Bau befindliche Seewinkel-Therme schaffen ein unverwechselbares Angebot und sind Attribute, die die Region prädestinieren, sich als Zukunftsmodell zu positionieren.

Dazu Bundeskanzler Alfred Gusenbauer: „Das Burgenland war in den letzten Jahren wiederholt die Nr. 1 unter den Bundesländern in der Nächtigungsstatistik und hat mit einer Vielzahl großartiger Ideen aufhorchen lassen. Mit der ‚Modellregion Tourismusnetzwerk Neusiedler See‘ wird nunmehr der nächste Schritt in Richtung ganzheitlicher Zugang und Qualitätsstrategie gesetzt.“ Details dazu im Internet unter

www.modellregion.at

KOPAK - jetzt auch online

Im Rahmen des Schulungsangebots des Sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbands (GVV) und des Renner-Instituts Burgenland (RI) wird es ab September auch möglich sein, sich online über die Schulungen zu informieren und sich auch online anzumelden! Eine entsprechende Website wurde von GVV und RI bereits unter www.gvvgld.at installiert und enthält alle Infos rund ums kommunalpolitische Schulungsprogramm (KOPAK) des GVV und des RI Burgenland.

Der GVV möchte mit diesem Online-Angebot sein Service für die

FunktionärInnen in den burgenländischen Gemeinden weiter ausbauen.

■ Kommunalpolitische Stammtische

Der GVV plant in den kommenden Monaten in allen Bezirken des Landes sogenannte „Kommunalpolitische Stammtische“ abzuhalten. Ziel ist es, auf Bezirksebene über ausschließlich kommunalpolitische Themenbereiche zu diskutieren.

Geleitet und Einberufen werden diese Treffen von den GVV-Bezirksverantwortlichen. Das sind jene Bür-

germeisterInnen, die vom jeweiligen Bezirk ins GVV-Präsidium delegiert und schließlich gewählt wurden.

Im Bezirk Jennersdorf hat bereits ein solcher Stammtisch stattgefunden, weitere sollen folgen. Die Themenvorgabe wird dabei ausschließlich vom Bezirk gemacht, das GVV-Verbandsbüro arbeitet zu bzw. organisiert Experten – falls gewünscht. Die Sitzungen sollen mindestens zweimal im Jahr abgehalten werden. Eingeladen werden sollen im Bezirk alle SPÖ-BürgermeisterInnen, wo nicht vorhanden die SPÖ-VizebürgermeisterInnen, wo nicht vorhanden die SPÖ-Ortsparteivorsitzenden, sodass sicher gestellt ist, dass jede Gemeinde des Bezirks vertreten ist. ♦

Dienstleistungsstelle für Gemeinden

Daten.Service.Gesellschaft.Burgenland. (DSGB) startet ...

Geplant ist, noch 2008 eine Gesellschaft als Dienstleistungsstelle für Land und Gemeinden zu gründen – mit folgenden Aufgaben:

- Entwicklung des Einsatzes von GIS im Burgenland (Land, Gemeinden),
- Koordination der Datenerfassung,
- Datenaufbereitung,
- Führen von Informationssystemen,
- Unterstützung bei Ausschreibungen,
- Gemeindekompetenzzentrum (Software, Schulung, Beratung),
- Vorgabe von Standards und Durchführung von Qualitätskontrollen,
- Aufbereitung der DKM zur Nutzung in den GIS der Gemeinden,
- Raumordnungsangelegenheiten,
- Bereitstellung von umweltrelevanten Daten nach EU-Richtlinien,
- Koordination der Qualifizierungsmaßnahmen,
- Management und Koordination von gemeinsamen Projekten (z. B. Kanalkataster).

Für die Gemeinden brächte dies den Vorteil, dass Leistungen durch die Gesellschaft ohne Ausschreibung erbracht werden könnten. Dies brächte insbesondere kleinen Gemeinden Vorteile, die sich aufgrund der beengten Finanzsituation entsprechend qualifiziertes Personal nicht leisten können.

Finanzierung

Der Finanzbedarf für diese Firma wird jährlich mit etwa € 800.000,00

veranschlagt. Diese Mittel sollten je zur Hälfte von Land und Gemeinden aufgebracht werden. Dem Land und den beteiligten Gemeinden stünden im Gegenzug die Kapazitäten der Firma entsprechend dem Finanzierungsanteil zur Verfügung.

Struktur und Personal

Als Bürostandort wird das Technologiezentrum Eisenstadt empfohlen. Hier ist die entsprechende Infrastruktur bereits vorhanden und durch die Übersiedlung der technischen Abteilungen des Landes auch eine örtliche Nähe zu den GIS-Infrastrukturen des Landes gegeben.

Vorteile

Beispiele, wo ein großer Nutzen für die Gemeinde entstehen wird: Verschiedene Aufgabenstellungen, die von den Gemeinden zu erledigen sind, erfordern immer mehr spezielle Fachkenntnisse. Dieses Fachwissen wird – vor allem in kleineren Gemeinden – nicht immer vorhanden sein. Die Gesellschaft wird daher Unterstützungen bei der Abwicklung von „Spezialprojekten“, wie

- Projektbeschreibungen
- Ausschreibungsunterlagen und Vergabevorgänge
- Erfassen und Beurteilen von möglichen Fördermöglichkeiten

- Projektbegleitung
- Abnahme und Überprüfung der vergebenen Leistungen anbieten.

Als ein konkretes Beispiel wäre die Planung und Errichtung eines Radweges – evtl. grenzüberschreitend – zu nennen.

Mit Fertigstellung der DKM (digitalen Katastralmappe) wurde den Gemeinden ein Programm zur Darstellung und Manipulation der GIS-Daten zur Verfügung gestellt – nach circa 8 Jahren wäre eine Umstellung dieser Produkte auf moderne Anwendungen unter Einbeziehung von Internetdiensten denkbar.

Auch hier würde eine Unterstützung für die Gemeinden geboten, da auf die bereits vorhandenen Produkte und Lizenzen im Land zurückgegriffen werden kann (Landeslizenz). Selbstverständlich können jene Gemeinden ihre bereits vorhandene Produkte weiterhin einsetzen – wenn diese den Anforderungen entsprechen – bzw. auf aktuelle Versionen ihrer Betreuerfirma umsteigen – auch diese Gemeinden können beratend unterstützt werden. ♦

SOMMERGRÜSSE

Der GVV-Shop hat seine Palette an Grußkarten erweitert. Es können nun auch Sommergrußkarten bestellt werden. Also einfach reinklicken – www.gvvgld.at – im GVV-Shop schmökern und aussuchen; und per Mausklick bestellen.



Auszeichnung für BMV

ARA und Umweltschutz prämiert in „AbfallberaterIn des Jahr es 2007“. Der Hauptpreis für das „Persönliche Langzeitengagement“ geht an den Burgenländischen Müllverband.

Bei der diesjährigen Preisverleihung waren Projekte gefragt, die bei Jugendlichen das Interesse für die Themen Abfallvermeidung sowie getrennte Sammlung und Verwertung von Verpackungsabfällen wecken.

In der Kategorie „Persönliches Langzeitengagement“ würdigte die Jury Dr. Ernst Leitner (im Bild links), Leiter der Abteilung Öffentlichkeits-

arbeit und Abfallberatung im BMV. „Die jahrelange intensive Informations- und Beratungstätigkeit des BMV schlägt sich in einer signifikanten Verbesserung des Informationsstands der burgenländischen Bevölkerung nieder. Außerdem konnte die Akzeptanz für abfallwirtschaftlich notwendige Maßnahmen merkbar erhöht werden“, begründete die Jury ihre Entscheidung.

Auf Grund dieses Erfolgs wird die feierliche Verleihung der österreichweiten Auszeichnung im kommenden Jahr im Burgenland stattfinden. ♦

Programmvielfalt im KUZ

Die Burgenländischen Kulturzentren bieten 2008/2009 von der Komödie bis zur Operette, von der Show bis zum Konzert wieder unterhaltsame Theaterkost mit renommierten Ensembles, erfahrenen Regisseuren und prominenten Publikumslieblingen.

„Unter dem Motto ‚Für jeden etwas‘ ist es auch für die kommende Saison gelungen, eine maßgeschneiderte, flächendeckende, leistbare und ganzjährige Programm-Mischung zustande zu bringen, die dem Publikumsgeschmack Rechnung trägt und den Genuss von qualitativvoller Kultur in nächster Umgebung möglich macht“, erklärte Kulturlandesrat Helmut Bieler.

Die Theatersaison beginnt in der Landeshauptstadt mit „Die Witwen“, einem Lustspiel von Ludwig Thoma. Im April 2009 gastiert dann das Mystical „Dance of Ireland“ und präsentiert im Rahmen einer Show irische Musik, Gesang und Steptanz.

Auch die Mattersburger KUZ-Freunde kommen auf ihre Rechnung und mit der Familienchronik „Buddenbrooks“ und dem Stefan Zweig-Schauspiel „Schachnovelle“ in den Genuss von wahren Klassikern.

„Mondscheintarif“, eine Komödie von Ildiko von Kürthy im KUZ Obereschützen, das Shakespeare-Stück „Julius Caesar“ im KUZ Güssing, die Komödie „Astoria“ von Jura Soyfer im KUZ Jennersdorf und ein tolles Konzertprogramm im Lisztzentrum in Raiding sind nur einige Highlights im vielfältigen Programmreigen.

Eine Fortsetzung finden auch die



bewährten Aktivitäten des Kinder-, Schüler- und Jugendtheaters. Die Palette der spannenden und unterhaltsamen Geschichten reicht vom „Rumpelstilzchen“ über das Astrid Lindgren-Musical „Pippi feiert Geburtstag“ bis hin zu „Haydn auf dem Mond“, einer Eigenproduktion der Kulturzentren von Gerhard Krammer, die Herr Klingklang auf seiner Suche nach Joseph Haydn bis

hin zu den burgenländischen Kroaten führt.

Nähere Details zu den einzelnen Vorstellungen, Kartenreservierungen bzw. Informationen zu Terminen und Abonnements sind telefonisch direkt bei den einzelnen Kulturzentren bzw. im Internet unter

www.bgld-kulturzentren.at



2 Millionen vom Bund

Landeshauptmann Hans Niessl und sein Stellvertreter Mag. Franz Steindl präsentierten im Schloss Esterházy gemeinsam mit Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer sowie dessen Vize, Mag. Wilhelm Molterer, die Zusammenarbeit zwischen Bund und dem Land Burgenland zum Haydn-Jahr 2009. Insgesamt werden 2 Millionen Euro des Bundes für das Haydn-Jahr in das Burgenland fließen.

Das Programm im Haydnjahr: U.a. alle 107 Haydn-Symphonien, Ausstellung, Symposien etc. Auftakt mit Nikolaus Harnoncourt ...

Sehr positiv fällt die Reaktion des GVV Burgenland zum Entwurf der SPÖ zur Novellierung des Kindergartengesetzes aus. „Die wesentlichen Eckpunkte – Qualitätsverbesserung und mehr Flexibilität bei den Öffnungszeiten – sind für die Gemeindevertreter wichtige Bausteine in der kommunalen Daseinsvorsorge“, so GVV-Präsident LAbg. Bgm. Ernst Schmid.

„Durch diesen ganzheitlichen Entwurf wird es nach der Novelle 2005 einen weiteren großen Wurf zur Qualitätsverbesserung geben. Wir wollen hier als Kommunen unseren Teil



Kindergartengesetz neu!

GVV und SPÖ ziehen an einem Strang

dazu beitragen, dass es im Burgenland eine moderne und flexible Kinderbetreuung in den Gemeinden gibt“, sagt GVV-Präsident Bürgermeister Ernst Schmid.

Die wesentlichsten Eckpunkte des neuen Gesetzes, das mit Anfang nächsten Jahres in Kraft treten soll, sind:

- Festschreibung von Mindestöffnungszeiten – mindestens 20 Wochenstunden

- der gemeindeübergreifende Ansatz wird erweitert – nicht nur in Kinderkrippen, sondern auch bei eingruppierten Kindergärten gibt es erhöhte Fördersätze

- Senkung des Eintrittsalters auf 2 1/2 Jahre – außer bei Bestehen einer Kinderkrippe

- ein neuer Mindestpersonaleinsatz – verpflichtende Helferin/Helfer auch in eingruppierten Kindergärten; für weitere Gruppen verpflichtende Helferin/Helfer variabel zwischen 10 und 20 Stunden

- neue flexible und bedarfsangepasste Ferienregelung – autonome Gestaltung durch die Gemeinden

- Wesentliche Verbesserungen für die Gemeinden: Flexibilisierung im Bereich der baulichen Gestaltung – Reduzierung der Mindestflächen ab zwei-

ter Gruppe auf 500 m²

Kein Verständnis zeigt Schmid für die Rundumschläge von Gemeindebund Burgenland Präsident Radakovits. Schmid: „Zu behaupten, der Entwurf von LRin Resetar sei mit den Gemeinden abgestimmt gewesen und es gäbe eine überwiegend positive Stellungnahme ist reiner Unsinn. Wir wurden als Gemeindevertreter nicht eingebunden und haben daher, wie auch einige andere, diesen Entwurf abgelehnt. Der Entwurf der SPÖ unter-

scheidet sich außerdem massiv von jenem Resetar, da wesentliche Punkte wie Übergangsfristen bei Resetar nicht berücksichtigt wurden. Radakovits und Resetar sollen sich lieber konstruktiv einbringen anstatt ständig nur ‚beleidigt‘ zu sein!“

Bei der inhaltlichen Vorbereitung des Entwurfes hat Präsident Schmid sich dafür eingesetzt, dass die Gemeinden die notwendigen finanziellen Mittel bekommen, um diese Qualitätsstandards auch umzusetzen. ◆

„Villa Martini“ vorbildlich

Als erstes Seniorenzentrum Österreichs erhält die „Villa Martini“ in Mattersburg das österreichische Umweltzeichen. Die Verleihung erfolgte am 17. Juni durch Bundesminister Josef Pröll in Wien.

Erarbeitet wurde das Umweltzeichen im Rahmen eines Maturaprojekts der HAK Mattersburg. Gemeinsam wurden von den SchülerInnen und den MitarbeiterInnen der „Villa“ Maßnahmen gesetzt, um die Kriterien und Auflagen zu erfüllen. Der Kriterienkatalog umfasst alle für den

Tourismusbereich relevanten Bereiche. Die Anforderungen reichen vom abfallarmen und umweltverträglichen Einkauf über Anforderungen an die Ausstattung bis hin zu Bestimmungen betreffend den schonenden und sparsamen Umgang mit Ressourcen beim Einsatz von Wasser und Energie sowie eine umweltgerechte Entsorgung der Abfälle.

Das Projekt wurde auch beim „Jugend Innovativ“-Wettbewerb eingereicht und erreichte dort unter 83 Bewerbern den 3. Platz. ◆

Modell „Lehre mit Matura“

Die burgenländische Wirtschaft braucht qualifizierte Arbeitskräfte. Um dieser Anforderung gerecht zu werden, der gegebenen Situation auf dem Lehrlingssektor und dem nach wie vor bestehenden Facharbeitermangel erfolgreich entgegenzuwirken, aber auch, um Jugendlichen neue Perspektiven zu bieten, wurde auf Initiative von Landesrat Dr. Peter Rezar – in Kooperation mit den Sozialpartnern und den Bildungsinstituten WIFI, bfi und BUZ – das Modell „Lehre mit Matura“ ins Leben gerufen.

Konkret wird mit dieser Initiative, die ab November 2008 an den Standorten Eisenstadt, Oberpullendorf und Oberwart startet, Lehrlingen die Möglichkeit geboten, parallel zu ihrer Facharbeiterausbildung, die Reifeprüfung abzulegen. Mit den ersten Absolventen ist Mitte 2012 zu rechnen.

„Dieses neue Ausbildungsmodell hat bei den burgenländischen Unternehmen und Lehrlingen sehr großes Interesse hervorgerufen. ‚Lehre mit Matura‘ ist auf den Bedarf der jungen Burgenländer und der Wirtschaft zugeschnitten – das zeigt der positive Zuspruch“, so Landesrat Rezar.

■ Großes Interesse

Die Informationsveranstaltungen in den letzten Wochen haben gezeigt, dass nicht nur Lehrlinge im ersten, sondern dass auch Lehrlinge im zweiten oder



v. l. n. r.: Mag. Josef Wiesler, Lucas Zacsek (Lehrling Sanochemia), Angelika Zsanko (Personalabt. Sanochemia), LR Dr. Peter Rezar

dritten Lehrjahr an dieser neuen Ausbildungsschiene interessiert sind. Daher wurde bei der Entwicklung von Lehre mit Matura berücksichtigt, dass Lehrlinge nach dem Ende ihrer Facharbeiterausbildung die Vorbereitungskurse und die Reifeprüfung abschließen können – und dies kostenlos!

■ Kostenlose Ausbildung

Dazu der Soziallandesrat: „Wenn ein Lehrling in das neue Ausbildungsmodell einsteigt, kann er die Vorbereitungskurse bis zu den Reifeprüfungen gratis besuchen. Das Land Burgenland bezahlt die Ausbildung bis zum Abschluss zur Gänze!“

Die Verantwortlichen der einzelnen Bildungseinrichtungen gehen davon aus, dass zu Beginn dieser neuen Ausbildungsschiene rund 40 bis 50 Personen an den Lehrgängen teilnehmen werden. Mittel- und Langfristig ist es das Ziel, dass rund 10% aller Lehnanfänger, also etwa 90 Mädchen und Burschen, sich dieser Herausforderung stellen

werden. Insgesamt wird die Ausbildung 900 Stunden dauern. Die Lehrlinge werden einen Tag pro Woche, nämlich jeweils am Freitag, die Schulbank drücken und in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik sowie in einem Fachbereich unterrichtet werden. Die Kosten für einen Standort werden – für alle vier Jahre – 90.000 Euro betragen. Zusätzlich erhalten Unternehmen, die ihren Lehrlingen diese Ausbildung ermöglichen, und ihren Lehrling für einen Tag pro Woche freistellen, in den ersten drei Jahren der Ausbildung 500 Euro, im letzten, prüfungintensiven Jahr, 1.000 Euro.

Dazu Rezar abschließend: „Durch die Zusammenarbeit mit den Bildungsinstituten ist dieses Modell, mit dem die Durchlässigkeit des Bildungssystems weiter erhöht wird, flexibel, und kann bei zunehmendem Interesse ausgeweitet werden. Der Zugang zu dieser gebührenfreien Ausbildung ist für alle offen, wobei bei einem Eingangsgespräch die Eignung des Lehrlings für das Modell festgestellt werden wird.“

FILME
ZEITUNGEN
MAGAZINE
WERBUNG
PUBLIC RELATIONS
SONDERPROJEKTE
WEBSOLUTIONS

- ◆ Städte + Gemeinden
- ◆ Verbände + Vereine
- ◆ Gewerbe + Handel + Industrie

MEDIA & MARKETING
M.+I. Murczek OEG
2491 Neufeld • Lisztg. 2
02624 / 52 10 25
0676 / 610 62 97
murczek@aon.at

Neuer Leiter des Straßenbauamts

Die Burgenländische Landesregierung hat vor kurzem OBR Dr. DI Alexander Knaak mit der definitiven Leitung des Straßenbauamtes Eisenstadt betraut. Das entsprechende Dekret wurde ihm am 19. Mai von Landeshauptmann Hans Niessl und Straßenbaureferent Landesrat Helmut Bieler in Anwesenheit von Landesamtsdirektor WHR Dr. Robert Tauber und dem Vorstand der Straßenbau-Abteilung, WHR DI Johann Godowitsch, im Landhaus überreicht.

„Um unser Straßennetz in einem guten Zustand zu halten, sinnvoll auszubauen und vor allem sicherer zu machen, werden heuer im Burgenland mehr als 68 Millionen Euro aufgewendet. Mit diesen budgetären Möglichkeiten kann die derzeitige Verkehrsinfrastruktur im Burgenland auf einem guten Niveau erhalten werden. Den Straßenbauämtern kommt dabei eine

*Definitiv:
Der Leiter des
Straßenbauamts,
DI Dr. Knaak
(rechts), mit
Straßenbau-LR
Helmut Bieler.*

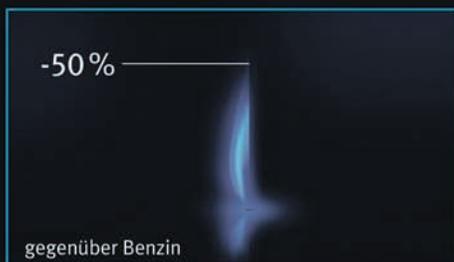


wichtige Rolle zu, denn die Mitarbeiter des Straßendienstes sorgen als Fachleute vor Ort dafür, dass diese Mittel dementsprechend effizient, wirtschaftlich und zweckmäßig zum Einsatz kommen. Wir brauchen diese leistungsfähigen Straßen, damit die Bevölkerung in den Gemeinden vom Verkehr entlastet wird und die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung fortgesetzt werden kann“, so Niessl und Bieler unisono.

OBR DI Dr. Alexander Knaak, Jahrgang 1966, wohnhaft in Forchtenstein,

war nach Abschluss seines Studiums der Rechtswissenschaften an der Universität Linz bzw. des Studiums der Kulturtechnik und Wasserwirtschaft an der Universität für Bodenkultur in Wien ab 1987 am Institut für Geotechnik an der Universität für Bodenkultur tätig. 1997 trat DI Dr. Knaak in den Landesdienst und hatte innerhalb der Abteilung für Straßenbau die Leitung des Referates „Bodenerkundung“ inne. Per 1. September 2006 wurde er mit der provisorischen Leitung des Straßenbauamtes Eisenstadt betraut. ♦

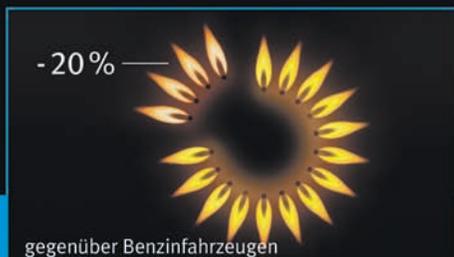
Treibstoffkosten



Schadstoffemission



CO₂ Ausstoß



DIE FLAMME IHRES LEBENS.

Erdgasautos nutzen den innovativen Kraftstoff der Zukunft. Lassen Sie sich vom sparsamen Verbrauch und höchster Umweltfreundlichkeit überzeugen!



Kostenlose Beratungsangebot der Volkshilfe:

Demenzteam berät & hilft

Im Burgenland sind ca. 4.000 bis 5.000 Personen direkt von Demenzerkrankungen in verschiedensten Formen und Stadien betroffen, weitere 20.000 bis 25.000 Personen als Angehörige. Bis 2030 wird sich die Anzahl laut Bevölkerungsprognosen im Burgenland mehr als verdoppeln.

Aufgabe und Ziel des multiprofessionellen Volkshilfe-Demenzteams ist es, bestehende Versorgungsstrukturen untereinander zu vernetzen, um vorhandene Leistungsangebote besser nutzen zu können.

Das Team besteht aus drei Teilzeit-Psychologinnen, mehreren Pflegefachkräften und vielen unterschiedlichen Honorarkräften aus unterschiedlichen Berufsgruppen.

◆ Information & Aufklärung

Durch breite Demenz-Informationsveranstaltungen in den Bezirken, Fachvorträge zum Thema Demenz, Pflege und Betreuung, kostenlose aufklärende Hausbesuche sowie den Aufbau von Beschäftigungstherapiegruppen für Demenzerkrankte in Nachmittagsgruppen, Seniorentageszentren, betreuten Wohnformen und Pflegeheimen soll die derzeitige Versorgungslage verbessert werden. Zusätzlich werden Stammtische für pflegende Angehörige aufgebaut und kostenlos für betroffene Familien und interessierte Gemeinden in den Bezirken angeboten.

Gesamtziel des Projektes ist die Bewusstseins-schaffung, dass Demenz ein wichtiges Thema in unserer Gesell-

schaft ist, das einer Enttabuisierung bedarf. Je früher eine Diagnose erfolgt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, durch rechtzeitige Maßnahmen den weiteren Verlauf der Erkrankung zu verzögern und als Angehöriger besser mit dieser neuen Betreuungssituation umgehen zu können.

◆ Kostenlose Beratung

In vielen Fällen wird Demenz vermutet, kann aber oft als falsche Annahme entkräftet werden. Dennoch geben wir hier gerne praktische Tipps, wie man im Alter geistig fit bleiben kann! Im Falle einer Demenzdiagnose in Zusammenarbeit mit Fachärzten können wirksame medikamentöse wie beschäftigungstherapeutische Maßnahmen gesetzt werden.

Das Beratungsangebot ist 2008 kostenlos und erfolgt anonym. Informationen bzw. Terminvereinbarung sowie Bewerbung interessierter Honorarkräfte in der Arbeit mit Demenzerkrankten unter:

Demenzinformation unter Telefon 0676/8700-2-9000; Mo – Do 8–16 Uhr, Fr 8 – 14 Uhr.

Kehrausaktion

Aufgrund des erfolgreichen Verlaufs im vergangenen Jahr organisiert der Burgenländische Müllverband (BMV) auch im Jahr 2008 wieder eine landesweite Flurreinigung. Die BurgenländerInnen sind eingeladen, sich wieder an dieser Umweltaktion zu beteiligen.

In Fortsetzung einer erfolgreichen Kampagne aus dem Jahr 2007 wird sich der BMV auch heuer wieder ganz bewusst mit dem Thema „Littering“, dem achtlosen Wegwerfen von Gegenständen in der freien Natur beschäftigen.

Als Auftakt erfolgte wieder eine groß angelegte Flurreinigung im ganzen Burgenland. Alle Gemeinden waren eingeladen sich daran zu beteiligen, erfreulich viele sind der Einladung gefolgt. Wie schon 2007 stellte der BMV zum Pauschalpreis von € 200,00 pro Gemeinde einen 15 m³-Sperrmüllcontainer für die Entsorgung des gesammelten Mülls zur Verfügung. Als weiterer Anreiz wurden gratis Müllsäcke für die Gemeinde zur Verfügung gestellt.

Aufgrund der positiven Erfahrungen aus dem Vorjahr wurden auch die Schulen wieder zur Mitarbeit eingeladen. Alle beteiligten Schulklassen haben die Möglichkeit, im Rahmen eines Fotowettbewerbs € 50,00 für ihre Klassenkasse zu gewinnen. Die originellsten Fotos werden auf der Homepage des BMV veröffentlicht. Alle Schulen, die am Fotowettbewerb teilnehmen, werden gebeten, Fotos per e-mail an oea@bmv.at Kennwort „Fotowettbewerb“ zu schicken.

demenz – das schleichende vergessen.

Beratung • Vermittlung • Stammtisch für Pflegende Angehörige • Betreuungsangebote

volkshilfe.



Infotelefon Demenz:
0676/8700 2 9000

Mehr Beiträge...

BKF - DAS BURGENLAND FERNSEHEN ist **der** regionale Fernsehsender unseres Landes. Wir zeigen Ihnen, wo im Land was los ist.

Mehr Information...

Mit Burgenland Aktuell hat man ganz einfach einen Informationsvorsprung. Um 18.30 Uhr gibt's die wichtigsten Nachrichten aus dem Land, Chronik, Politik oder Sport.

Mehr Burgenland...

Nirgendwo sonst im Fernsehen gibt's so viel Burgenland. Magazine über Lifestyle, Kultur, Wirtschaft, Society und Unterhaltung.

***BKF - wir sind Burgenland und für die Burgenländer da.
Tag für Tag das ganze Jahr.***

	MO + DI	MI + DO	FR + SA	SO
	KURZNACHRICHTEN	KURZNACHRICHTEN	KURZNACHRICHTEN	
	KULINARIUM EINFACH LEBEN LANDLEBEN KULTUR PUR	NORAS WELT EUROFIT (NACH)GEFRAGT	WOHNTRAUM LEINWAND	BGLD. WOCHE
	BURGENLAND AKTUELL	BURGENLAND AKTUELL	BURGENLAND AKTUELL	ENERGY EINBLICK
	ZWADABEI	ENERGY EINBLICK	MOTOR.TV	MOTOR.TV

WETTERRADAR - TÄGLICH ZUR MINUTE 3, 28 UND 45



UNTERRICHTSMINISTERIUM ANSPRECHPARTNER FÜR GEMEINDEPARTNERSCHAFTEN

Gemeinden, die um Förderung ihrer Gemeindepartnerschaft im Rahmen des EU-Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ ansuchen, können sich mit konkreten Anfragen auch an das österreichische Unterrichts- und Kulturministerium wenden. Die Abteilung EU-Kulturangelegenheiten beantwortet gerne konkrete Fragen und ist auch bei der Antragstellung behilflich, überdies besteht ein direkter Draht zur zuständigen Exekutivagentur in Brüssel. Ansprechpartnerin im BMUKK ist Frau Dr. Sigrid Olbrich-Hiebler.

Weiterhin beantwortet auch der Gemeindebund gerne die diesbezüglichen Fragen der Gemeinden.
→ <http://www.bmukk.gv.at/europa/index.xml>

TSCHECHISCHE GEMEINDE SUCHT ÖSTERR. PARTNER

Die ca. 3.000 Einwohner zählende Gemeinde Mlada Vozice in Südböhmen sucht eine österreichische Partner-

gemeinde von ähnlicher Größe.

→ Nähere Auskünfte erteilt der Bürgermeister von Mlada Vozice, Herr Jaroslav Vetrovsky unter e-Mail starosta@mu-vozice.cz

CERRIONE IM PIEMONTE SUCHT PARTNER

Die italienische Gemeinde Cerrione im Piemont, Provinz Biella, möchte ihr Partnerschaftsnetzwerk erweitern und sucht eine österreichische Gemeinde, die sich der bestehenden Partnerschaft von Cerrione und Villerest in Frankreich (Rhone-Alpes) anschließen möchte.

Cerrione ist eine landwirtschaftlich geprägte Gemeinde mit ca. 3.000 Einwohnern und einem regen Vereinsleben.

→ Nähere Informationen erteilt Marco Rizzini (marcogri@hotmail.com), ein Informationsblatt über Cerrione kann auch beim Brüsseler Gemeindebundbüro angefordert werden.

FÖRDERUNG VON RUNDTISCHGESPRÄCHEN

Im Rahmen des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ fördert die EU-Kommission im nächsten Jahr den direkten Meinungsaustausch von Bürgern. Gemäß einer neuen Programmschiene können Verbände und Organisationen thematische Bürgerbegegnun-

gen organisieren, in denen sich die Bevölkerung in Form von Rundtischgesprächen zu bestimmten Themen von europäischer Bedeutung äußern soll. Neben der konkreten Interaktion und aktiven Diskussion zwischen Bürgern soll auch der Dialog mit den europäischen Institutionen Bestandteil des Programms sein.

Als Antragsteller kommen öffentliche Einrichtungen oder Organisationen ohne Erwerbszweck in Frage, die Partner in mindestens vier verschiedenen Ländern (EU-Mitgliedstaaten und Kroatien) für das Projekt gewinnen können.

Die Zuschüsse für einzelne Projekte belaufen sich auf 75.000 – 150.000 €, womit max. 60% der Gesamtkosten gedeckt werden. Anträge sind bis zum 1. Juli 2008 einzubringen, die Projekte müssen zwischen dem 1. Dezember 2008 und dem 28. Februar 2009 beginnen und dürfen nicht länger als 10 Monate dauern.

Es darf darauf verwiesen werden, dass neben dem Brüsseler Gemeindebundbüro auch Frau Dr. Sigrid Olbrich im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur interessierten Gemeinden als Ansprechpartner zur Verfügung steht.

→ Nähere Informationen im Internet http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/action1/citizensprojects/call/index_en.htm

Gebührenfreie Geburt wird Realität

Die „gebührenfreie Geburt“ im Burgenland wird Realität. Nach einem Beschluss der Bundesregierung kommt es jetzt auch zu einer Novelle des Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabengesetzes, die von der SPÖ mit einem Entschließungsantrag im Februar beantragt wurde. „Damit wird ein weiterer Mosaikstein in der Entlastungsoffensive des Landes gesetzt“, betont SPÖ-Klubchef Christian Illedits. „Gerade nach der Geburt eines Kindes fallen für Eltern ohnehin viele Belastungen an. In dieser Situation sollte ihnen der Staat nicht zusätzliche Kosten aufbürden.“

Durch die gemeinsame Initiative des Bundes und des Landes fallen in Zukunft alle Abgaben weg, die mit der

Ausstellung schriftlicher Dokumente in den ersten zwei Jahren nach einer Geburt verbunden sind – z. B. für den Staatsbürgerschaftsnachweis (Abgaben gesamt: 38,40 €) oder für die Geburtsurkunde (8,70 €).

Das Burgenland bemühe sich intensiv um die Schaffung familienfreundlicher Rahmenbedingungen, so Illedits. Er verweist u. a. auf die vielfältigen Maßnahmen im Rahmen der Familienförderung, die weiter verbesserte Wohnbauförderung mit einer erweiterten Wohnbeihilfe und das günstige Kinderbetreuungsangebot. Auch mit neuen Initiativen wie der Semesterticket-Förderung für Studierende wird vielen Familien der Rücken gestärkt.

„Weitere Entlastungsmaßnahmen sind aber unbedingt notwendig. Von der nächsten Steuerreform müssen vor allem der Mittelstand und die Arbeitnehmer kräftig profitieren. Sie hatten nämlich die Hauptlast der schwarzbunten Belastungspolitik zu tragen und spüren auch die Teuerung besonders hart“, so der SPÖ-Klubobmann.



SP-Klubobmann
Bürgermeister
Christian Illedits

Initiativen für Umwelt+Klima

Aus Sicht vieler Experten ist der Klimawandel nicht mehr völlig zu stoppen, sondern nur noch abzufedern und zu begrenzen. Daraus resultierend wird der Klimaschutz immer mehr zu einem globalen und politisch hochbrisanten Thema. Da sehr viele Entscheidungen auf Gemeindeebene umweltrelevante Folgen und eine Vorbildwirkung für die Bevölkerung haben, hat sich Landesrätin Verena Dunst dazu entschlossen, mit den „Schulungen für Umwelt-GemeinderätInnen“ bzw. dem so genannten „Ener gie-Check“ für Gemeinden zwei dementsprechend zukunftsorientierte Initiativen zu setzen. „Der Klima- und Umweltschutz ist eine Materie, die auf allen Ebenen immer wichtiger wird. Mit dieser neuen Informationsoffensive soll ein weiterer Beitrag zum Umweltschutz im Land und in den Gemeinden des Landes geleistet werden. Wir wollen damit die Vorreiterrolle des Burgenlandes und der Gemeinden im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes weiter ausbauen“, betont Landesrätin Verena Dunst.

Das Selbstanalysetool „Ener gie Check“ bietet den Gemeinden via Internet auf einfache und benutzerfreund-



v. l. n. r.: SP-LGF Helmut Schuster, LR Verena Dunst, LAbg. Präs. Ernst Schmid, Michael Fercsak (Luftgüte Burgenland)

liche Weise die Möglichkeit, passwortgeschützt eine Selbstanalyse der öffentlichen Gebäude und Dienstleistungen durchzuführen und damit energetische Zustände, wie den Energieverbrauch, die Energieeffizienz etc. der öffentlichen Einrichtungen zu überprüfen.

„Das bedeutet nichts anderes, als dass dieses innovative Tool die Gemeinden in die Lage versetzt, Einsparungspotenziale auszuloten, Einsparungsziele zu setzen, Fortschritte bei deren Umsetzung zu überwachen und festzustellen, bei welchen Gebäuden oder Anlagen besondere Maßnahmen zur Senkung

des Energieverbrauchs sinnvoll sind“, so GVV Präsident Ernst Schmid.

Parallel dazu startete eine groß angelegte Schulungsaktion für die burgenländischen Umwelt-GemeinderätInnen. Durch diese Schulungen sollen die Umwelt-GemeinderätInnen in die Lage versetzt werden, Orientierungshilfe über aktuelle Situation und Entwicklungsperspektiven im Bereich Energie/Klimaschutz zu geben. Anmeldungen dazu über die „Umweltberatung Burgenland“ unter

Telefon 0676/836 88 586 oder per Mail: burgenland@umweltberatung.at

Neue Park & Ride-Anlage

In einem gemeinsam finanzierten Projekt errichten die ÖBB, das Land Burgenland, die Stadtgemeinde Mattersburg sowie die Gemeinden Sigleß und Wiesen eine Park & Ride-Anlage bei der Haltestelle Wiesen-Sigleß. Der erste Teil der Anlage wurde kürzlich eröffnet. „Eine wichtige Investition, die den Pendlern der Region die tägliche Anreise zum Arbeitsplatz wesentlich erleichtert“, hob LH Hans Niessl als zuständiges Regierungsmitglied hervor.

Das Land Burgenland investiert heuer insgesamt 12,5 Millionen Euro in die Qualitätsverbesserung des öffentlichen Verkehrs. Der Ausbau von Park & Ride-Anlagen bildet dabei einen Schwerpunkt.

Die erste Ausbaustufe bei der Haltestelle Wiesen-Sigleß beinhaltet eine

neue Park and Ride-Anlage mit 109 PKW- und zehn Zweirad-Stellplätzen, einen Randbahnsteig mit 160 m Länge und eine Wartekoje sowie einen Fahrscheinentwerter und Infovitrienen.

Unmittelbar nach Fertigstellung der ersten Phase wird mit der zweiten Ausbauphase begonnen. Diese Phase wird im Juni (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) abgeschlossen sein. Sie beinhaltet Verbesserungen an der bestehenden P&R-Anlage.

Diese befindet sich gegenüber dem Randbahnsteig und umfasst 16 PKW-Stellplätze, zwei Behindertenstellplätze und zwei Familienparkplätze. Weiters werden noch zwei Haltepunkte für Busse geschaffen und die bestehende Wartekoje an der Bushaltestelle wird verschoben.

Eine dritte Ausbaustufe sieht vor –

bei Bedarf – weitere Stellplätze zu errichten.

Die neue Anlage wird die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs weiter steigern und eine wesentliche Verbesserung für die Pendler aus der Region bringen. In den letzten Jahren haben Land, Gemeinden und die ÖBB gemeinsam Park & Ride-Anlagen u.a. in Mattersburg und Deutschkreutz errichtet.



Bitte umsteigen! ... in Wiesen/Sigleß

WHR Mezgolits Bezirkschef

Präsidiumsmitglied des GVV, WHR Bgm. Mag. Klaus Mezgolits, wurde von der Bgld. Landesregierung zum Bezirkshauptmann der BH Mattersburg bestellt. Damit wurde der Empfehlung gemäß den Ergebnissen des Hearings Rechnung getragen

„In der Sitzung der Landesregierung wurde GVV-Präsidiumsmitglied WHR Bgm. Mag. Klaus Mezgolits zum Bezirkshauptmann der BH Mattersburg bestellt“, teilte kürzlich Landeshauptmann Hans Niessl mit. Der Beschluss erfolgte mehrheitlich mit 4 zu 2 Stimmen, der Empfehlung gemäß den Ergebnissen des Hearings wurde Rechnung getragen.

Mezgolits folgt somit dem per 31. Dezember 2007 in den Ruhestand getretenen WHR Dr. Günter Engelbrecht mit Wirkung 1. April 2008 in dieser Funktion nach. Gemäß Objektivierungsgesetz ist die Bestellung befristet auf die Dauer von 5 Jahren erfolgt. Mezgolits ist neben seiner neuen Tätigkeit als Bezirkshauptmann von Mattersburg seit 1997 Bürgermeister der nordburgenländischen Gemeinde Steinbrunn und als Rechtsexperte im Präsidium des



GVV Burgenland vertreten.

GVV-Präsident LAbg. Bgm. Ernst Schmid sowie LGF Mag. Herbert Marhold gratulierten zur Bestellung recht herzlich!

Landeshauptmann Hans Niessl (links) überreicht WHR Bgm. Mag. Klaus Mezgolits das Dekret, mit dem dieser zum Bezirkshauptmann von Mattersburg ernannt wird.



Kreisverkehr in Oberpullendorf - Landesrat Helmut Bieler hat SP-Vbgm. Gruber zugesagt, bei der Zentralschule die Verkehrssituation mit einem Kreisverkehr entschärfen zu wollen – bei einer entsprechenden Kostenbeteiligung der Stadtgemeinde Oberpullendorf. VP-Bgm. Geißler ist jedoch nicht bereit, zur Entschärfung dieses neuralgischen Verkehrsknotenpunkts beizutragen, indem von der Stadtgemeinde auch entsprechende Mittel für den Bau eines Kreisverkehrs zur Verfügung gestellt werden. Muss erst ein Unfall passieren? ♦

Gegen Vereine & Jugend

Bgm. Geißler und Kulturstadträtin Ehrenhöfer weigern sich beharrlich, im Haus am Hauptplatz Nr. 14 in Oberpullendorf ein Vereins- und Kommunikationszentrum zu errichten. „Die Stadtgemeinde hat das Gebäude auf Grund meiner Intervention sehr günstig erworben“, sagte SP-Vbgm. Wolfgang Gruber. „Mein Ziel war, darin ein Kommunikationszentrum für die Vereine und Jugendliche zu errichten!“ Die Anträge der SPÖ, die Räumlichkeiten umzugestalten, scheitern am kategorischen Nein der ÖVP. „Das ist für mich nicht nachvollziehbar“, so Gruber nachdenklich. „Ein Vereins- und Jugendzentrum mitten in der Stadt wäre hervorragend: Die Räumlichkeiten sollten den Vereinen der Stadt für Besprechungen und Sitzungen kostenlos zur Verfügung stehen. Ein Jugendzentrum wäre in der Schulstadt sehr wichtig“, meint Gruber.



www.grandtours.at

Vorschau Herbst 2008

26.-28.09.	Busreise	Plattensee	149.-	Busfahrt, 2 x HP im 4-Sterne Club Tihany, kroatischer und pannonischer Abend, Ausflugsprogramm
01.-14.11.	Flugreise	Große Südafrikareise	2.999.-	Rundreise Höhepunkte SA Kompletprogramm inkl. Eintritte Basis HP
05.-07.12. 12.-14.12. 19.-21.12.	Skiopening	Tauplitz	99.-	2 x NF im 3-Sterne Hotel Skipass für 2 Tage
05.-07.12.	Busreise	Advent in Budapest	99.-	Busfahrt, 2 x NF im 4-Sterne Hotel 2 x Stadtführung
12.-14.12.	Städteflug	Advent in Berlin	249.-	Flug inkl. aller Taxen, 2 x NF im Holiday Inn Berlin Mitte, Transfers

Einzel –oder Gruppenanmeldungen ab sofort möglich!
03358-2033

Zeigen Sie Ihrer Heizung die rote Karte.

Wer bis 2009 seine bestehende Heizungsanlage mit einer Wärmepumpe oder einer kontrollierten Wohnraumlüftung mit Wärmepumpe ausstattet, erhält einen **Sanierungsbonus bis zu 750 Euro***.

Weitere Infos unter 0800/888 9000 oder www.bewag.at

*Voraussetzung: Tarif Optima Premium und Installation von einem Marktpartner Ökoenergie

50
JAHRE

BEWAG



I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Gemeindevertreterverband
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvbgld.at
Redaktion: Media & Marketing
M.+I. Murczek OEG
Lisztgasse 2, 2491 Neufeld/L.
Herstellung: Kenad&Danek,
Industriestraße 1/11, 7053 Hornstein
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt
Zulassungsnummer: 02Z034036 M